

## > Newsletter # 7

6. Dezember 2004



Sehr geehrte Damen und Herren,

unser neuer Newsletter gibt wieder einige Hinweise und Einschätzungen zu Entwicklungen der letzten Wochen und verweist auf weitere Quellen im World Wide Web.

Seit der letzten Ausgabe sind natürlich auch die Inhalte auf unserer Seite <http://www.religion-online.info> ergänzt worden. Eine Übersicht erhalten Sie über die Einstiegsseite <http://www.religion-online.info/home.html>

Bisherige Newsletter, die die festen Rubriken der Webseite ergänzen, finden Sie dort im Archiv, sowohl im HTML-Format als auch als PDF: <http://www.religion-online.info/archiv/archiv.html>

Die Übersicht über anstehende Feiertage, die wir im letzten Newsletter veröffentlicht haben und die viel Zustimmung erfahren hat, finden Sie ebenfalls in unserem Internet-Angebot. Die Aktualisierung für die ersten Monate des Jahres 2005 erfolgt in Kürze. <http://www.religion-online.info/themen/feste.html>

Wir hoffen, dass auch dieser Newsletter wieder Ihr Interesse findet und für Sie hilfreich ist. Beachten Sie bitte auch die Hinweise auf der letzten Seite.

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr 2005

**Steffen Rink**  
Projektleitung

**Anja Badouin**  
Wiss. Mitarbeiterin

---

## Netzwerk Migration und Religion

### Tagungsdokumentation und Planung

Im April 2004 hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zusammen mit REMID und dem REMID-Projekt Informationsplattform Religion eine Tagung zum Thema "Religion – Migration – Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft" veranstaltet. Im November konnte endlich die Tagungsdokumentation veröffentlicht werden, nachdem es mit der Zurverfügungstellung eines Beitrages etwas länger als geplant gedauert hat. Die Tagung sollte auch ein "Netzwerk Migration und Religion" initiieren, das einen Rahmen für den kontinuierlichen Austausch zwischen WissenschaftlerInnen und Personen aus der Praxis herstellt, Raum für den Erfahrungsaustausch bietet und neue Anregungen für die jeweilige Arbeit ermöglicht. In der nächsten Zeit soll die Webseite des Projekts mit ersten Inhalten gefüllt sein – demnächst immer wieder einmal hineinzuschauen lohnt sich also. Die Koordinatoren, Dr. Claudia Martini, Benita von Behr und Steffen Rink, haben außerdem im November eine grobe Planung für 2005 festgelegt. Im Frühsommer soll es wieder eine Fachtagung in Berlin geben, wahrscheinlich zum Themenbereich Religion und Jugend. Genauer wird über diesen Newsletter mitgeteilt.

#### Links:

>> Homepage des Netzwerks:  
[www.migration-religion.net](http://www.migration-religion.net)

>> Informationen zur Tagungsdokumentation von REMID

## Informationen

### > Islam

#### 800 Konversionen jährlich

Rund 800 Menschen konvertieren in Deutschland jedes Jahr zum Islam. Dies schätzt das Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest. Die Zahl sei in der jüngsten Vergangenheit deutlich gestiegen. Bislang habe es nur rund 300 Konvertiten im Jahr gegeben. Insgesamt geht man davon aus, dass in Deutschland zwischen 13.000 und 60.000 Menschen zum Islam übergetreten sind. Genaue Angaben sind schwer möglich, da nicht alle Moscheevereine dem Zentralinstitut eine Konversion melden – und die Annahme des islamischen Glaubens nicht an einen religiösen Verein gebunden ist.

#### Euro-Islam etabliert sich

Das Zentrum für Türkeistudien der Universität Essen hat in einer neuen Studie "Euro-Islam. Eine Religion etabliert sich in Europa" der allmählichen Entwicklung eines sog. Euro-Islam "durchaus empirische Substanz" bescheinigt. Dies belegen nicht nur die in vielen Fragen mehrheitlich liberalen Auffassungen der Muslime – etwa bezüglich des Kopftuchs –, sondern auch der Umstand, dass 41 Prozent der religiösen Organisationen ihre Aktivitäten hauptsächlich auf das Leben in Deutschland ausrichten und nur 22 Prozent auf die Türkei als (früherem) Herkunftsland der Mehrheit der Muslime. Der "Euro-Islam" wird gekennzeichnet durch: Ablehnung der auf der Scharia beruhenden traditionellen Rechtslehre, Zustimmung zum Prinzip des Laizismus, zur Demokratie und Pluralität, Treue zur verfassungsmäßigen Ordnung sowie der Komplementarität von islamischer Lebensweise und Normen der Industriegesellschaft. Die Autoren der Studie, Faruk Sen, Martina Sauer und Dirk Halm, betonen jedoch auch die widersprüchlichen Entwicklungen, die der Modernisierungsdruck unter Migranten hervorruft: Ältere und / oder schlecht gebildete Muslime neigten eher einem traditionellen Islam-Verständnis zu, das Sicherheit und Halt gewähre. Hingegen finde der Islamismus als alternative Form von Modernisierung keine Belege. Nach Ansicht der Autoren müsse die Politik stärker die sich abzeichnenden Tendenzen für einen pluralistischen und europäischen Islam unterstützen, ohne die Muslime durch einen Spagat zwischen Islam und Moderne zu überfordern, etwa indem die Lebenswirklichkeit der Muslime in Deutschland nicht berücksichtigt wird. Schließlich müsse der Prozess auch mit einer möglichst weitgehenden Gleichstellung des Islam in Deutschland einhergehen. Neben diesen Fragen ist die Studie auch deshalb von Interesse, da sie eine aktualisierte kurze Beschreibung des Islam in Deutschland liefert und zahlreiche Daten zum religiösen Leben der Muslime bereithält.

#### Link:

>> [Studie des ZfT: Euro-Islam \(PDF, 2,2 MB\)](#)

#### Muslimische Akademie gegründet

Am 30. Juni 2004 wurde in der Werkstatt der Kulturen Berlin auf Initiative von Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, die "Muslimische Akademie" gegründet. Die Gründung wurde durch einen 14-köpfigen Initiativkreis vorbereitet, dem u. a. Islamwissenschaftler, im interreligiösen Dialog Engagierte und Muslime angehören. Zum Vorsitzenden des Trägervereins wurde Abdul Hadi Christian Hoffmann gewählt, Konvertit und ehemaliges CDU-Mitglied. Der dreiköpfige Vorstand wird komplettiert durch Yasemin Karakasoglu, Islamwissenschaftlerin an der Universität Duisburg, und Riem Spielhaus, Islamwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Transparent, emanzipiert, unabhängig – Ziel der Akademie ist es, den Diskurs über den Islam in einer säkularen und demokratischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Religionen und Kulturen Platz haben, zu fördern. Man wolle ein unabhängiges Forum für alle Muslime bilden, das eine Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens fördert und betreibt. Zugleich geht es der Akademie um die Unterstützung der Muslime in der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, ebenso auch um die Umsetzung des

#### Links:

>> [Information der Bundeszentrale für politische Bildung](#)

>> [Information der Werkstatt der Kulturen](#)

>> [Mitglieder des Initiativkreises \(PDF\)](#)

>> [Homepage der Muslimischen Akademie](#)

Gender Mainstreaming, d. h. der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Pädagogisches Konzept ist das "Lernen für Mündigkeit", wie es zum Leitbild der politischen und kirchlichen Akademien gehört. Die Angebote sollen sich vor allem an die in Deutschland lebenden Muslime richten.

Eine wesentliche Motivation zur Akademiegründung war, so die Presseberichte, die Wahrnehmung von Unzulänglichkeiten im Dialog mit den Muslimen und der hieraus abgeleitete Versuch, ein neues Dialogforum zu etablieren, das jenseits der islamischen Verbände angesiedelt ist. Diese könnten die kontinuierliche Aufgabe der politischen Bildung nicht leisten, da entsprechende Strukturen nicht vorhanden seien und auch die personellen Ressourcen zu stark in die Organisation der unmittelbaren Verbandsaufgaben eingebunden seien. Zudem gehe es darum, die angestrebten Themen auf einem höheren intellektuellen Niveau als bislang üblich zu behandeln. Dies sei notwendig, um Fortschritte im Dialog und im friedlichen Zusammenleben zu erreichen. So finden sich denn im Initiativkreis auch keine Vertreter der "klassischen" Verbände (Islamrat, Zentralrat und ihrer Mitgliedsorganisationen), wohl aber eine Vertreterin des Frauennetzwerks "Huda" und des "Forums unabhängiger Muslime".

Entsprechend kritisch wird die Akademiegründung denn auch von den etablierten Verbänden begleitet. Dabei dürfte vor allem die Sorge im Hintergrund stehen, die mühsam erarbeitete und immer wieder auch in Frage gestellte Position als zentrale Ansprechpartner zu verlieren. Angesichts von einigen Personen im Initiativkreis, die "sehr eigenartige Ansichten" über den Islam vertreten (so ein Kommentar auf islam.de), müsse abgewartet werden, ob die neue Akademie "den Interessen der in Deutschland lebenden Muslime zuträglich" sei oder ob es sich um eine "Mogelpackung" handle, die den Muslimen die freie Auswahl ihrer Interessenvertreter verhindere. Andere wie der Leiter des Zentralinstitut Islam-Archiv sehen die Gefahr einer "elitären Veranstaltung".

Eigene Räumlichkeiten hat die Akademie noch nicht. Bis auf weiteres kann ein Büro der Berliner Werkstatt der Kulturen genutzt werden. Auch die Ausarbeitung eines Veranstaltungsprogramms wird noch Zeit in Anspruch nehmen. Die Finanzierung soll über Inanspruchnahme von "öffentlich zugänglichen Quellen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union", Spenden und sonstige Zuwendungen erfolgen, so die Satzung. Die Bundeszentrale für politische Bildung, ebenfalls an der Gründung beteiligt, steht überdies mit Projektgeldern bereit.

## Rund um die Debatte zu Integration und Terrorismus

### Positionen zu Integrationsstrategien

Durch das neue Zuwanderungsgesetz und zusätzlich in Reaktion auf die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November hat sich in Deutschland eine neue Debatte über Migration und Integration entwickelt. Allzu offensichtlich scheint hierzulande das niederländische Modell der Integration gescheitert zu sein, nachdem nicht erst seit dem Attentat vom 2. November immer wieder gewalttätige Vorfälle und steigender Rechtsextremismus beobachtet werden.

Eckpunkte der Diskussion sind die geforderte Zustimmung von Muslimen zu den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes, was von politisch-konservativer Seite mit der Zustimmung zur "deutschen Leitkultur" verknüpft wird. Ebenso müssten sich die Muslime endlich von islamistisch motiviertem Terrorismus distanzieren.

Als Schlüssel der Integration wird partei- und richtungsübergreifend die deutsche Sprache angesehen. Als positives Resultat der Diskussion ist dabei sicherlich anzusehen, dass die Stimmen für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften zunehmen und damit vielleicht die Umsetzung dieses Religionsunterrichts näher rückt. Allerdings gab es ebenso Forderungen, nach denen die Predigten in den Moscheen doch künftig auf Deutsch zu halten seien. Es entsteht der Eindruck dass diese Forderung eher aus dem Motiv entstanden ist, die immer wieder als Hort des Islamismus ausgemachten sog. Hinterhofmoscheen besser kontrollieren zu können und dass das Bild der mit Touristenvisum eingereisten "Hasspre

### Links

>> [Antrag der CDU/CSU Fraktion: Politischen Islamismus bekämpfen – Verfassungstreue Muslime unterstützen \(am Ende der Seite der Link zu Aufruf des Antrags als PDF-Datei\)](#)

>> [Antrag SPD und Bündnis 90 / Die Grünen: Zusammenleben auf Basis gemeinsamer Grundwerte \(PDF\)](#)

>> [Integrationsbeauftragte: Islamismus bekämpfen – Islam einbürgern. 20 Handlungsvorschläge \(PDF\)](#)

>> [Weitere Informationen zum Thema auf der Themen-Seite der Integrationsbeauftragten](#)

diger" Pate steht. Es ist demgegenüber zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Gebete und Koranlesungen auf Arabisch zu halten sind, dass in vielen multiethnischen Gemeinden die Predigten bereits auf Deutsch gehalten würden und dass es viel mehr darauf ankomme, was gesagt wird und nicht in welcher Sprache. Mit gewisser Ironie hat denn auch die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs angemerkt, dass es gerade die seit neuem wieder hofierte staatliche Religionsbehörde in der Türkei sei, die Imame in ihre DITIB-Moscheen entsende, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien.

Immerhin legt die derzeitige Debatte, und das ist angesichts der notwendigen Diskussion um die Strategien und Ziele der Integration von Migranten in Deutschland von Bedeutung, die derzeitige Debatte die unterschiedlichen Konzepte der politischen Akteure offen. Aus Anlass einer Bundestagsdebatte am 2. Dezember haben die Fraktionen von CDU/CSU einerseits und SPD gemeinsam mit Bündnis 90 / Die Grünen andererseits ihre Vorstellungen in Anträgen präsentiert. Neben den beschriebenen Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Betonung des Stellenwerts der Sprachkompetenz und der Akzeptanz der freiheitlichen Ordnung sowie dem Ansatz, "liberale" oder "verfassungstreue" Muslime zu unterstützen wird erkennbar, dass CDU/CSU deutlich stärker die auf die Kontrolle der Migranten setzt. Gleichsam um dies zu vermeiden, sollten Muslime ein positives Bekenntnis zum Grundgesetz ablegen, im Stile der Gesinnungsüberprüfung von Beamtenanwärtern im Zuge des sog. Radikalenerlasses der 80er Jahre. Insgesamt nimmt die staatliche Kontrolle von Minderheiten in diesem Konzept, niedergelegt in 21 Forderungen, breiten Raum ein.

Wie weit diese Haltung aber in die politische Mitte hineinreicht und das Denken bestimmt wird in einer gerichtlichen Auseinandersetzung in Rheinland-Pfalz deutlich: Weil ein Türke über mehrere Jahre die IGMG bzw. einen ihr nahe stehenden Verein unterstützt hat – nach eigenen Angaben als Spende für ein Moscheebauprojekt –, wurde ihm die Einbürgerung verweigert. Die IGMG verfolge Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Das Verwaltungsgericht Mainz hat diese Entscheidung der Behörden bestätigt (Rheinische Post, 25.11.2004).

SPD und Bündnis 90 / Die Grünen machen sich im Grundsatz den 20-Punkte-Plan der Integrationsbeauftragten Beck zu eigen. Auch hier wird das rechtsstaatliche Vorgehen gegen Islamismus und Demokratiefeindlich gefordert, doch liegt das Schwergewicht deutlich auf der Stärkung der Migrantenverbände und ihre Gleichstellung im und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Papier und der Bundestags-Antrag der Fraktionen verweisen darauf, dass Integration keine Einbahnstraße ist, die die Mehrheitsgesellschaft unberührt lassen kann. Bürgerschaftliches Engagement für eine multikulturelle Gesellschaft müsse weiterhin unterstützt werden, um die Zuwanderung und Integration gelingen zu lassen. Das Beck-Papier deutet interessanterweise auch an, dass die rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften auf Dauer wohl nicht nach dem Muster der Staat-Kirche-Beziehungen gestaltet werden könnten.

### Anti-Terror-Demonstration in Köln und Vertretungsansprüche

An der islamischen Anti-Terror-Demonstration am 21. November 2004 in Köln nahmen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 20.000 und 50.000 Personen teil. Aufmerksamkeit erregte die Demonstration freilich auch, weil von politischer Seite von Beck (Grüne) bis Beckstein (CSU) die gesamte Breite der demokratischen Parteien vertreten war. Die Demonstration wurde als wichtiges Signal der Distanzierung von einer im Namen des Islam verübten Gewalt angesehen und fand breite Zustimmung. Sie kam auch als Reaktion auf den Mord an Theo van Gogh zustande, muss jedoch auch im Kontext gesehen werden, dass von politischer Seite seit Langem von den Muslimen eindeutige Stellungnahmen gegen Gewalt und Terrorismus gefordert werden.

Allerdings gab es in Bezug auf die Demonstration auch Irritationen. Initiiert wurde die Kundgebung von DITIB, dem deutschen Ableger der staatlichen Religionsbehörde in der Türkei. Nach Ansicht von Beobachtern wurde die Demonstration aus der Türkei "bestellt und geliefert", und zwar auch deshalb, um die Europafähigkeit der derzeitigen türkischen Regierung unter Beweis zu stellen und um Befürchtungen vor einer Islamisierung der Europäischen Union im Zuge des potenziellen EU-Zugangs von 70 Millionen türkischen Muslimen entgegen-

### Links (Fortsetzung)

>> [Beschluss des Parteirats von Bündnis 90 / Die Grünen vom 29.11.2004: Multikulturelle Demokratie gestalten \(PDF\)](#)

>> [Frankfurter Rundschau: Eine umfangreiche Zusammenstellung von Meldungen und kontroversen Positionen](#)

zuarbeiten. Zugleich wird DITIB insofern wieder offensiver, als dass die Organisation einen Alleinvertretungsanspruch für die Muslime in Deutschland reklamiert. DITIB ist der nach Mitgliedern größte islamische Dachverband. Entsprechend dieses Vertretungsanspruchs konnten Vertreter von Zentralrat und Islamrat auf der Demonstration nicht sprechen; der von der IGMG dominierte Islamrat soll sogar offiziell nicht eingeladen worden sein. Zurückhaltend denn auch die Kommentare von Vertretern anderer islamischer Verbände. Man fürchtet um Einfluss und Anerkennung. Die Demonstration habe eine deutliche türkische Dominanz gehabt. Beispielhaft für das Klima zwischen den Verbänden ist der Kommentar auf der IGMG-Webseite: "Und wahrscheinlich sind alle zufrieden. Die Politik allen voran, weil das lang erwartete Bekenntnis von Muslimen zum deutschen Rechtsstaat und seiner Verfassungsordnung endlich abgelegt wurde. Die DITIB, weil sie den schon immer gehegten Anspruch staatstragende Organisation zu sein, mit einem Massenprotest von ohne Zweifel anständigen Muslimen unterstreichen konnte. Und auch diejenigen muslimischen Organisationen und deren herausragende Vertreter, die sich noch rechtzeitig auf den Demonstrationzug aufgeschwungen haben (gemeint ist der Zentralrat; die Red.), sind höchstwahrscheinlich auch zufrieden, haben sie doch die Flucht nach vorn angetreten und aus der Not, im Vorfeld übergangen worden zu sein, ganz einfach durch Aufmarsch auf dem Podium eine Tugend gemacht." In einer islamischen Mailingliste wurden denn auch mit Sarkasmus auf die vielen "Integrationsymbole" wie Kopftücher und türkische Staatsfahnen hingewiesen, die an diesem Tag gut angesehen gewesen seien.

Immerhin, und darin könnte eine positive Wirkung der Entwicklung sein, spricht sich der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, für ein bundesweites gemeinsames Gremium zur Interessenvertretung der Muslime aus. Dabei müsse aber die Eigenständigkeit der bestehenden Organisationen erhalten bleiben, und DITIB habe noch einen weiten Weg weg von ihrer Türkeizentriertheit zurückzulegen. Die Position zeigt, wie groß die gegenseitigen Vorbehalte unter den großen Verbänden noch sind. Für die Politik, die gerne "den" Ansprechpartner hätte, wird wichtig sein, diese innerislamischen Spannungen zu berücksichtigen und einzelne Verbände nicht aus anderen politischen Erwägungen heraus zu bevorzugen, um so alle liberalen Kräfte einbinden zu können.

## > Interreligiöse Erklärungen

### Religionen gemeinsam für Toleranz und Integration

Eine der zahlreichen Erklärungen zum Verhältnis nicht nur des Islam zur freiheitlichen Gesellschaft in Deutschland hat am 1. Dezember der "Runde Tisch der Religionen" verabschiedet. Vertreter der Baha'i, der Deutschen Buddhistischen Union, der evangelischen, katholischen und orthodoxen Kirche, des Zentralrats der Juden sowie des Islamrats und des Zentralrats der Muslime wenden sich darin (erneut) gegen Antisemitismus, Islamphobie, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

#### Link:

[>> Erklärung: Religionen gemeinsam für Toleranz und Integration](#)

### Religion ist öffentlich

Der Interkulturelle Rat mit Sitz in Darmstadt, der in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiern konnte, wendet sich anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, um auf die Bedeutung von Religionen hinzuweisen und ein Zeichen gegen Intoleranz zu setzen. In diesem Jahr hat die Erklärung, die neben dem Interkulturellen Rat von Vertretern der Baha'i, des Zentralrats der Juden, der Deutschen Buddhistischen Union, dem Zentralrat der Muslime und der deutschen Sektion der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden unterzeichnet ist, die notwendige öffentliche Präsenz von Religionen zum Thema. " Alle Religionsgemeinschaften müssen sich jederzeit daran messen lassen, ob sie diese Funktionen in freiheitlich-demokratischer Weise wahrnehmen und sie Toleranz und Offenheit in wechselseitiger Achtung und in Achtung vor nicht religiös geprägten Menschen und Gruppen praktizieren. Die Präsenz der Religionen in der Öffentlichkeit wird dann dazu beitragen, die

#### Link:

[>> Religion ist öffentlich – Erklärung zum 3. Oktober 2004](#)



Gesellschaft lebendiger und humaner zu machen. Im Falle ihrer Marginalisierung und Verdrängung droht nicht nur die Verarmung des gesellschaftlichen Lebens. Aus der Öffentlichkeit verdrängte Religionsgemeinschaften stehen darüber hinaus in der Gefahr, sich sektiererisch abzukapseln, auf Eigeninteressen zu fixieren und für Fundamentalismus anfällig zu sein", so eine Passage aus der Erklärung.

## > Judentum

### "Aufbau" gerettet

Vor zehn Monaten musste die traditionsreiche Zeitschrift von deutschen jüdischen Emigranten in den USA schließen – der "Aufbau" war für die bisherigen Herausgeber finanziell nicht mehr tragbar. Nun hat JM Jüdische Medien AG aus Zürich den "Aufbau" gekauft und will ihn ab Januar 2005 als Monatsmagazin weiterführen. Der "Aufbau" wurde 1934 von Emigranten in New York gegründet und erschien sowohl auf deutsch als auch auf englisch. Er sah sich als eine Stimme des liberalen, kosmopolitischen Judentums. Die JMAG betreibt bereits das Schweizer Magazin "Tachles".

#### Links:

>> [Aufbau](#)

>> [Tachles](#)

### Liberales Judentum – Zentralrat: Konflikt um Fördergelder entschärft

Der Konflikt um die Beteiligung der liberalen jüdischen Gemeinden an den Fördergeldern der Bundesregierung zur Integration der Zuwanderer aus Osteuropa ist entschärft. Der Zentralrat der Juden in Deutschland will die bislang 15 Gemeinden des liberalen Judentums an den staatlichen Leistungen beteiligen, die über den Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Zentralrat zur Verfügung gestellt werden. Vorausgegangen war die grundsätzliche Anerkennung der liberalen Juden, dass der Zentralrat das alleinige Vertretungsorgan der Juden in Deutschland darstellt und damit zusammenhängend die Bereitschaft des Zentralrats, die Gemeinden des liberalen Judentums in den Verband aufzunehmen.

#### Link:

>> [Newsletter 6](#)

### Beteiligung und Unterstützung: Die Bedeutung des Rechtsstatus

Der Konflikt zwischen der Union Progressiver Juden in Deutschland als Dachverband der liberalen Gemeinden und dem Zentralrat der Juden in Deutschland dreht sich aber nicht nur um die Fördermillionen aus Berlin. Für die liberalen Gemeinden ist es eine vielmehr die Frage der grundsätzlichen gegenseitigen Anerkennung, die sich mit dem Abschluss des Staatsvertrages aufgetan hat. Neben unterschiedlichen religiösen Auffassungen spielt dabei auch der rechtliche Status der Gemeinden und Verbände eine Rolle. Die Aufnahme der liberalen Gemeinden in den Zentralrat wird bzw. wurde nämlich auch dadurch verhindert, dass nur solche Einzelgemeinden bzw. Landesverbände im Zentralrat Mitglied sein können, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen. Dies ist bei den liberalen Juden nicht der Fall, sie sind als eingetragene Vereine organisiert. Zwar haben die Landesverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein (in diesen Bundesländern befinden sich 12 der 15 Gemeinden) bei den zuständigen Landesregierungen einen entsprechenden Antrag gestellt, doch entschieden sind sie noch nichts. Ein formaler Grund liegt darin, dass die vom Grundgesetz geforderte "Gewähr der Dauer" für die Verleihung des Körperschaftsstatus nach gängiger Auffassung ein mindestens 10-jähriges Bestehen voraussetzt, die Konstituierung der liberalen Juden aber erst Ende der 1990-er Jahre einsetzte.

#### Link

Beiträge aus Sicht des liberalen Judentums in:

>> [Kescher Nr. 4, Juli-September 2004, hg. vom Abraham-Geiger-Kolleg, S. 1. \(PDF, ca. 260 KB\)](#)

Auf liberaler Seite ist die Skepsis daher groß. "Wissen wir, ob die in der Sache zuständigen Bundesländer die notwendigen Körperschaftsrechte für den Eintritt in den Zentralrat auch tatsächlich verleihen werden?", fragt Walter Homolka, Direktor des liberalen Abraham-Geiger-Kollegs in der Juli-September-Ausgabe der vom Kolleg herausgegebenen Zeitschrift "Kescher". In Schleswig-Holstein hat die zügige Verleihung des Status bis Ende Oktober denn auch schon nicht funktioniert. Laut Norderstedter Zeitung hätte die Urkunde aus dem Kieler Kultusministerium bis zum 26. Oktober vorliegen müssen, um eine fristgerechte Auf-

eine fristgerechte Aufnahme des Landesverbands in den Zentralrat der Juden zu ermöglichen.

Auch diese Episode hat eine finanzielle Komponente: Zum einen geht es um Zuschüsse für den Bau einer Synagoge in Bad Segeberg. Bislang wurden die Mittel aus Schleswig-Holstein über die Jüdische Gemeinde Hamburg weitergegeben – der Staatsvertrag zwischen Kiel und Hamburg wurde aber gekündigt. Zum anderen will das Land einen neuen Staatsvertrag mit dem neuen Landesverband der liberalen Juden abschließen – dies allerdings erst zum 1. Januar 2005, und bis dahin soll die rechtliche Anerkennung auch vollzogen sein. Geht es bei dem Synagogenbau um eine sechsstellige Summe, hat der neue Staatsvertrag ein Volumen von jährlich 360.000 Euro.

Andere Akteure, ähnlicher Fall: Auch das Land Brandenburg möchte einen Staatsvertrag zur finanziellen Unterstützung des dortigen Landesverbandes abschließen, verhandelt wird seit 1997. Die Zahl der Juden in den sieben Gemeinden ist in den letzten zwei Jahren um rund 400 auf 1.100 Gemeindemitglieder gestiegen. In Brandenburg gibt es aber auch den rund 100 Menschen umfassenden "Bund gesetzestreuer Juden", der sich als orthodox versteht und nicht – wie der dortige Landesverband – im Zentralrat der Juden Mitglied ist. Für die Landesregierung in Potsdam komme ein Staatsvertrag mit den orthodoxen Juden nicht in Betracht, so Kultusministerin Johanna Wanka.

### Sorge um Fortbestand der Kontingentregelung für Zuwanderung aus Osteuropa

Die Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes in diesem Jahr kann für die Zuwanderung von Juden aus Osteuropa noch Konsequenzen haben – befürchten zumindest Stimmen aus dem liberalen Judentum.

Nach der von der letzten DDR-Regierung übernommenen Zuwanderungsregelung wird bei Juden aus osteuropäischen Ländern keine Einzelfallprüfung für eine Aufnahme nach Deutschland verlangt. Sie gelten vielmehr als sog. Kontingentflüchtlinge, d. h. sie können allein auf Grund ihres Status als Jude nach Deutschland einreisen und haben überdies besondere Vorteile, u. a. im Aufenthaltsrecht oder im Zugang zum Arbeitsmarkt. Doch bereits 2001 machte sich die Zuwanderungskommission (Süssmuth-Kommission) eine Anregung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, zu eigen, die jüdische Zuwanderung zu begrenzen. Spiegel, selbst Kommissions-Mitglied, zeigte sich besorgt, dass zu viele Menschen auf dem "jüdischen Ticket" nach Deutschland kämen, die "eigentlich" keine Juden seien und somit dem Ziel der Zuwanderung, der Stärkung des jüdischen Lebens, nicht entsprächen. Außerdem reisten Menschen mit gefälschten Papieren ein.

Seit 1990 sind etwa 160.000 bis 180.000 Juden aus Osteuropa nach Deutschland immigriert, rund die Hälfte davon wurde in den jüdischen Gemeinden aufgenommen. So sind von den derzeit rund 105.000 Mitgliedern in jüdischen Gemeinden 85.000 bis 90.000 Zuwanderer. Das bedeutet: Ohne diese Zuwanderung stünde das jüdische Leben in Deutschland langfristig vor dem Ende, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die die Integration der Zuwanderer bereitet.

Was aber ist mit der anderen Hälfte der Zuwanderer? Sie sind entweder säkulare Juden, die kein Interesse am organisierten jüdischen Gemeindeleben haben, oder sie sind nach jüdischem Recht, der Halacha, keine "richtigen" Juden. Diese nämlich müssen von einer jüdischen Mutter geboren worden sein, eine Konversion ist, nach konservativer und orthodoxer Auffassung, nur erschwert möglich. In der ehemaligen Sowjetunion hingegen war Jude-Sein nicht religiös, sondern ethnisch bzw. national definiert. Die Frage der Elternschaft spielte dafür keine Rolle. Und: sie spielte auch für den nach dem Ende des real existierenden Sozialismus erstarkenden Antisemitismus keine Rolle. Aus diesem Grund, aus der historischen Verantwortung hatte die letzte DDR-Regierung die Juden aus Osteuropa mit der Kontingentflüchtlings-Regelung eingeladen, nach Deutschland zu kommen und antisemitischer Diskriminierung zu entgehen. Diese Regelung wurde dann wenige Monate später im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung von der neuen Bundesrepublik übernommen.

Jetzt steht sie zur Disposition. Zwar hat das neue Zuwanderungsgesetz die bestehende Kontingentflüchtlings-Regelung nicht geändert, doch darf die Innenministerkonferenz der Länder eine Neufassung beschließen und so unter anderem festlegen, dass nur noch solche Menschen einwandern können, die nach jüdi-

#### Links

>> [Die Mutter entscheidet.](#)  
Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 13.08.2001

>> [Einwanderung nach der Halacha? Kommentar in den Blättern für deutsche und internationale Politik, September 2001](#)  
(von Irene Runge, Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins Berlin)

>> [Kontingentregelung in Gefahr? \(Beitrag von Irene Runge von 2004, mehrfach im Netz auffindbar\)](#)

>> [Die Halacha. Das jüdische Recht als säkulares Recht](#)  
(Seminararbeit, gut zur Geschichte der Halacha, gibt eher die orthodoxe Sichtweise wieder)

schem Recht konservativ-orthodoxer Auslegung Juden sind. Der Staat würde sich damit die Zuwanderung nach religiösen Kriterien begrenzen und die ursprüngliche Absicht der Kontingentflüchtlings-Regelung unterlaufen.

## > Christentum

### Nikolaus

Am 6. Dezember ist Nikolaus, und welches Kind erhofft sich nicht den Besuch des rot gekleideten Mannes im weißen Bart, der Süßigkeiten oder gar Geschenke bringt – sei es in der Nacht im bereit gestellten Stiefel oder sogar durch einen leibhaftigen Besuch! Wer denkt dabei aber an die historische Figur, den Bischof von Myra?

Eine ebenso informative wie ansprechende Seite rund um den Nikolaus hat das Erzbistum Köln zusammengestellt. Hier gibt es alles zu Legenden, Bräuchen, historischen und theologischen Hintergründen, Buchtipps für Erwachsene und Kinder bis hin zu Rezepten vorweihnachtlichen Backwerks.

#### Link:

>> Nikolaus-Seite des Erzbistums Köln:  
[www.nikolaus-von-myra.de](http://www.nikolaus-von-myra.de)

### Fußball-WM 2006

"Die Welt zu Gast bei Freunden", so ist das Motto zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. "Lasset die Kicker zu mir kommen", so will das Netzwerk "kickoff 2006 – Anstoß für den Glauben" die Zeit nutzen, um Menschen für den christlichen Glauben zu gewinnen. Dafür sollen unterschiedlichste Aktivitäten sorgen, etwas Song-Contests, Karaoke, aber natürlich auch örtliche Turniere oder Großbild-Übertragungen. Getragen wird das Netzwerk von Freikirchen, evangelikalen Verbänden, dem CVJM und anderen. Die Sportbeauftragten der evangelischen und katholischen Kirche haben im Leitungsteam einen Gaststatus, Sportminister Otto Schily hat seine Unterstützung ebenso zugesagt wie der UEFA-Vizepräsident.

#### Link:

>> Homepage:  
[www.kickoff2006.org](http://www.kickoff2006.org)

### BILD-Volksbibel

In Kooperation mit dem Weltbild-Verlag hat die BILD-Zeitung am 15. November eine "Volksbibel" herausgebracht, "das 'Buch der Bücher', das in keinem Haushalt fehlen sollte", für einen "Sensationspreis" von 9,95 Euro. "2,5 Kilo schwer, Einband in dunkelrotem Kunstleder mit Goldprägung, 1304 Seiten dick, 21 mal 29 Zentimeter groß! Die Bibel ist mit 24 berühmten Werken alter Meister illustriert (z. B. von Albrecht Dürer, Michelangelo, Lukas Cranach)", so die BILD-Werbung.

Ob die BILD-Volksbibel ein eigener Beitrag zur aktuellen Werte-Debatte sein sollte (BILD-Chefredakteur Diekmann: "Seit tausenden (sic!) Jahren bietet die Bibel Orientierung, Hoffnung, Kraft") oder sich PR für BILD mit einer Aktion der seit längerem wirtschaftlich angeschlagenen Weltbild-Gruppe zusammenfand – passenderweise präsentiert sich die BILD-Volksbibel wenige Wochen nach der ZDF-Abstimmung über das beliebteste Buch der Deutschen, die in der Sendung "Unsere Besten – Das große Lesen" am 1. Oktober präsentiert wurde. Dort hatte die Bibel jedoch nur Platz 2 belegt, nach J. R. R. Tolkiens "Herr-der-Ringe"-Trilogie. Die Volksbibel also eine Antwort auf "Deutschland schlimmen Abfall", wie amerikanische Evangelikale das Abstimmungsergebnis werteten?

Gar nicht so begeistert über die Aktion waren übrigens Evangelikale selbst. Stellvertretend die Meinung von betanien.de, einem der Brüderbewegung nahe stehendem Online-Shop: "Leider erweckt das mit Goldverzierungen geschmückte und 2,5 kg schwere Prachtstück eher den Eindruck eines Dekorationsgegenstandes, als einer zum täglichen Gebrauch gedachten handlichen Bibel. Dennoch bleibt zu hoffen, dass Gottes Wort durch diese Aktion weite Beachtung findet." Vielleicht waren diejenigen, bei denen die Bibel in täglichem Gebrauch ist, auch von der plakativen Werbekampagne abgeschreckt, die die BILD-Zeitung zielgruppengerecht inszenierte...

#### Links:

>> Beispiel der BILD-Werbekampagne (private Seite)

Übersichten aktueller Bibel-Ausgaben:

>> Liste von betanien.de.

>> Liste der Reformierten Kirche in der Schweiz:

>> Deutsche Bibelgesellschaft (mit monatlichem Newsletter)



## > Neue Religionen

### Broschüre: Neue Religiosität und Jugendszenen in Thüringen

Für die neuen Bundesländer wurde nach der Wende 1989 oft eine "Invasion der Sekten" befürchtet. Schon lange ist bekannt, dass die verschiedenen Gruppierungen, die missionarisch tätig waren, wenn überhaupt dann nur wenige Anhänger gewinnen konnten. Diesen Befund kennzeichnet auch die neue Broschüre "Neue Religiosität und Jugendszenen in Thüringen", die im Herbst dieses Jahres erschienen ist. Herausgeber ist das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm), eine dem Kultusministerium zugeordnete Einrichtung. Die Autoren, der Religionswissenschaftler und für die Thematik zuständige Thillm-Mitarbeiter Joachim Süß sowie Ingo Weidenkaff, Referent bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz, beschreiben denn in der 176-seitigen Broschüre auch nur solche Gruppierungen und Bewegungen, die in Thüringen anzutreffen sind. Nach einer Einleitung über "Warum wir uns vor Sekten fürchten" und "Was uns die Religionsgeschichte zeigt" werden auf rund 100 Seiten die verschiedenen Jugendszenen beschrieben. Breiten Raum nehmen dabei neben Okkultismus und Satanismus die verschiedenen Musikszene (Gothic, Wave, Techno usw.), Subkulturen im Fun-Bereich (Skater) sowie die Antifa- und rechte Politszene ein. Die Broschüre besticht durch ihren sachlichen Stil und vor allem durch das grundsätzliche Konzept, neureligiöse Bewegungen unter dem Gesichtspunkt von Jugendkulturen zu beschreiben und dadurch als Teil der Prozesse im Erwachsenwerden zu verstehen. Sie sollte auch außerhalb Thüringens ihre LeserInnen finden.

Die gedruckte Broschüre kann beim Thillm gegen eine Schutzgebühr bestellt oder direkt als PDF-Datei aus dem Netz heruntergeladen werden.

#### Links:

>> [Homepage Thillm](#)

>> [Broschüre "Neue Religiosität und Jugendszenen in Thüringen" \(PDF, ca. 620 KB\)](#)

### Kleine Religionsgemeinschaften in Deutschland

Unter dem Titel "Kleine Religionsgemeinschaften in Deutschland – eine religionssoziologische Bestandsaufnahme" hat der neue Professor für Religionswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Volkhard Krech, einen Vortrag veröffentlicht, den er auf einer Max-Planck-Tagung zu Freikirchen und Sekten in Europa gehalten hat. Der Text versucht eine Systematisierung der kleinen Religionsgemeinschaften und gibt so einen guten Überblick über die aktuelle Situation.

#### Link:

>> [Religionswissenschaft: Quellen und Materialien](#)  
Der Text als PDF-Datei ist dort verzeichnet.

## > Wissenschaft

### Volkswagen-Stiftung fördert Studiengruppen "Migration und Integration"

Mit fünf Millionen Euro fördert die Volkswagen-Stiftung acht "Studiengruppen zu Migration und Integration". Nach einer Pressemeldung der Stiftung vom 1. Dezember sind dies:

- The Integration of the European Second Generation (TIES). Best Practice in Eight Cities in Five Countries (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück u. a.)
- The Economics and Persistence of Migrant Ethnicity (IZA Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn, u. a.)
- Diversity, Integration and the Economy (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv HWWA u. a.)
- Giving New Subjects a 'Voice'. Cultural Diversity in the Health-Care System (Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen u. a.)
- Individuelle Integrationsbemühungen und gesellschaftliche Integrationsvoraussetzungen von ausländischen Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz (Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schule und Unterrichtsforschung, FU Berlin, u. a.)
- 'Home Start before School Start' – Bedingungsfaktoren des erfolgreichen Übergangs türkischstämmiger Kinder in Kindergarten und Grundschule" (Entwicklungspsychologie, Universität Bochum u. a.)

#### Link

>> [Pressemitteilung der Volkswagen-Stiftung](#)

- Kulturelles Kapital in der Migration. Zur Bedeutung von Bildungs- und Aufenthaltstiteln während der Statuspassage in den Arbeitsmarkt (Fachbereich Soziologie der Universität Siegen u. a.)
  - Migranten in den Organisationen von Recht und Sicherheit (Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e. V., Hamburg)
- Genannt sind jeweils die federführenden Institutionen.

### Zentrum für Interreligiöse Studien in Bamberg eröffnet

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat am 1. November das Zentrum für Interreligiöse Studien an der Universität Bamberg eröffnet. Das Zentrum bietet einen viersemestrigen Master-Studiengang "Interreligiöse Studien: Judentum-Christentum-Islam – Interreligious Studies: Judaism – Christianity – Islam" an, der sich insbesondere mit den interreligiösen Beziehungen der drei Religionen in Geschichte und Gegenwart beschäftigt. Voraussetzung der Belegung ist ein mindestens sechssemestriges geisteswissenschaftliches, religionswissenschaftliches oder theologisches Studium mit der Abschlussnote "gut". Am Zentrum sind die Fächer Theologie, Orientalistik und Politikwissenschaft beteiligt.

#### Link:

>> [Homepage des Zentrums](#)

### Religionslehrerausbildung in Münster

Mit der Berufung von Muhammad Sven Kalisch als Professor für "Religion des Islam" im Juli 2004 konnte die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer des islamischen Religionsunterrichts an der Universität Münster auf eine feste Grundlage gestellt werden (vgl. Newsletter Nr. 6). Das Fach kann von Lehramtskandidaten als Ergänzungsstudium gewählt werden. Die Frage der Einführung eines allgemeinen islamischen Religionsunterrichts an den Schulen in Nordrhein-Westfalen ist damit aber noch nicht geklärt.

Laut "Spiegel" gibt es an Kalisch aber auch Kritik: Er habe Kontakte zum Islamischen Zentrum Hamburg gehabt, dem Zentrum des schiitischen Islam in Deutschland. Den muslimischen Verbänden wiederum sei aufgestoßen, dass Kalisch kein Migrant sei, sondern ein zum Islam konvertierter Deutscher, der zudem den schiitischen Islam lebe. Dem will Kalisch begegnen, indem er selbstverständlich die ganze Bandbreite des Islam vermittele, und schließlich steht seine Arbeit ohnehin auf dem Boden des Grundgesetzes – sonst hätte er die Professur auch nicht bekommen können.

## > Migration / Integration – Projekte und Materialien

### Zusammenleben in Offenbach – Info- und Linkbereich nicht nur für Offenbach

Einen empfehlenswerten Internet-Auftritt hat die Leitstelle "Zusammenleben in Offenbach" ins Netz gestellt. Neben aktuellen Beiträgen zu Fragen der Integration – eine Zusammenstellung aus Online-Zeitungen – findet sich auch eine umfangreiche Linkliste zu anderen Projekten, Initiativen sowie grundlegenden Texten. Für Menschen aus der Region ist zusätzlich der Veranstaltungskalender interessant.

Die Stadt Offenbach am Main hat einen sehr hohen Anteil von Ausländern bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Integrationspolitik wird als Querschnittsaufgabe betrachtet, an der möglichst viele Organisationen, Verbände und Initiativen außerhalb der Stadtverwaltung beteiligt sein sollen.

#### Links

>> [Hauptseite der Leitstelle "Zusammenleben in Offenbach"](#)

>> [Info-Seite zur Leitstelle der Stadtverwaltung](#)

### Migrationsbericht 2004

Das Bundesinnenministerium hat im November den diesjährigen Migrationsbericht veröffentlicht. Das Dokument enthält wieder zahlreiche Daten zur Zu- und Abwanderung nach Deutschland und zur Situation der ausländischen Bevölkerung.

#### Link:

>> [Migrationsbericht \(PDF, 1,5 MB\)](#)

### Viktor-Klemperer-Wettbewerb

Kreativ für Toleranz – unter diesem Motto steht der diesjährige Viktor-Klemperer-Wettbewerb, der vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit Unterstützung des ZDF und der Dresdner Bank veranstaltet wird. Jugendliche und junge Erwachsene oder auch ganze Schulklassen aufgerufen, sich mit Webseiten, Gedichten, Dokumentationen, Theaterstücken oder anderen Projekten zu Themen wie Antisemitismus oder Menschenrechte auseinanderzusetzen. Einsendeschluss ist der 31. März 2005. Eine Broschüre gibt Tipps für die Gestaltung der Wettbewerbsbeiträge.

Victor Klemperer war Romanist und ordentlicher Professor in Dresden. Als jüdischer Deutscher war er dem gnadenlosen Terror der Nationalsozialisten ausgesetzt und überlebte die Nazi-Diktatur nur, weil seine nichtjüdische Ehefrau Eva Klemperer zu ihm stand. Trotz des Unrechts, das er erleiden musste, verlor Victor Klemperer nie seinen Glauben an die Werte der deutschen Kultur und setzte sich für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland ein. "Diesen Werten Klemperers gehört die Zukunft. Sie sind in einer Welt, die immer stärker zusammenwächst, aktueller und wichtiger denn je", so die Initiatoren des Wettbewerbs.

#### Link:

>> [Homepage des Wettbewerbs](#)

### Interkultureller Kalender

Bereits zum neunten Mal hat der Berliner Integrationsbeauftragte einen Interkulturellen Kalender herausgegeben. Berücksichtigt sind nicht nur die großen Religionen Christentum – mit den vom gregorianischen Kalender abweichenden Festtagen der Orthodoxie –, Judentum und Islam, sondern auch buddhistische und hinduistische Festtage sowie zentrale Feiertage anderer Religionen. Der Kalender im Format A3 kann gegen eine Schutzgebühr bestellt oder als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden.

<http://www.berlin.de/sengessozv/auslaender/interkultkalender.html> (Eingangsseite Interkultureller Kalender)

#### Link:

>> [Eingangsseite zum Kalender](#)

>> [Download: Interkultureller Kalender \(PDF, 55 KB\)](#)

Alle Angaben sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Eine Haftung für die Richtigkeit oder die Inhalte der angegebenen Links kann nicht übernommen werden.

Sie können die gedruckte Version des Newsletters gegen eine Spende direkt von REMID beziehen.

Wenn Sie Probleme mit der Darstellung oder den integrierten Links haben, teilen Sie uns dies bitte mit.

Unterstützen Sie die Arbeit der Informationsplattform Religion, indem Sie

- diesen Newsletter verbreiten
- andere auf unsere Angebote aufmerksam machen
- uns Informationen und ihr Feedback zukommen lassen
- Mitglied bei REMID werden oder uns durch eine Spende unterstützen und so die finanziellen Belastungen mit uns teilen. Spenden sind steuerlich absetzbar.  
Konto. 100 11 990, Sparkasse Marburg-Biedenkopf, BLZ 533 500 00.

Vielen Dank!

Steffen Rink  
(Projektleitung)



© 2004: Informationsplattform Religion /  
Religionswissenschaftlicher Medien- und informationsdienst e. V. REMID,  
Marburg

Die Informationsplattform Religion wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"